

Auszug aus der Satzung des Kreisverbands Eifelkreis der Partei „dieBasis“:

Die Basisdemokratische Partei Deutschland vereinigt Menschen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung, geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit, mitwirken wollen.

Totalitäre, diktatorische und oder gewalttätige Bestrebungen jeder Art lehnt die Basisdemokratische Partei Deutschland entschieden ab.

Unsere wichtigsten Grundrechte sind die Freiheitsrechte. Diese überragen alle anderen Grundrechte. Eine freiheitliche Gesellschaft ist nur vorstellbar, wenn Macht begrenzt ist und ihre Ausübung vom Souverän, dem Volk, kontrolliert wird. Ziel ist ein liebevoller, friedlicher Umgang für- und miteinander, bei dem das Menschsein und die Menschlichkeit des anderen immer Beachtung finden.

*Lieber Leser, lieber Wähler,
willst Du, daß es in unserem politischen System so weitergeht wie bisher? Oder willst Du etwas ändern?
Falls Du etwas ändern willst,
hast Du mit uns die Möglichkeit!
Nichtwählen ist daher nicht gut!*

Kreisverband Bitburg - Prüm
der Basisdemokratischen Partei
Deutschland
<https://diebasis-eifelkreis.de>

Was unterscheidet dieBasis von anderen Parteien?

- **Demokratie aus tiefstem Herzen:** dieBasis ist die Mitmach-Partei für alle Bürgerinnen und Bürger, für das gesamte politische Themenspektrum und für ein neues Miteinander. Wir stehen für ein achtsames Miteinander, für unsere Freiheit und für Selbstbestimmung
- **basisdemokratische Entscheidungsprozesse innerhalb der Partei,** d.h. insbesondere bestmögliche Lösungsfindung durch Systemisches Konsensieren (SK) anstelle der klassischen Abstimmung mittels Ja/Nein/Enthaltung
- Wir möchten **Volksabstimmungen** bei gesellschaftlich wichtigen Entscheidungen
- Wir stehen für **Transparenz der Politik** in ihren Prozessen und Entscheidungen, statt Lobbyismus und Hinterzimmerverhandlungen
- Wir wünschen **objektive und umfassende Information aus freien Medien**, statt betreutem Denken mittels zwangsgebührenfinanzierter Einrichtungen
- Wir wünschen uns **Politiker mit Lebens- und Berufserfahrung** in ihren verantworteten Bereichen.
- Wir fordern die **Einhaltung der verfassungsgemäßen Ordnung** mit Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit
- Wir stehen fest auf dem **Boden des Grundgesetzes** und setzen uns für die Aufrechterhaltung der Grundrechte ein. Das muß auch und gerade in Krisenzeiten gelten.

 **dieBasis**

Basisdemokratische Partei Deutschland

Freiheit Machtbegrenzung Achtsamkeit Schwarmintelligenz



Wie wir
bessere Politik
machen? **Mit dir!**

Unsere Position zu aktuellen politischen Themen

1. Pandemievertrag und digitaler Impfpfß

Die Corona-Pandemie war aus unserer Sicht bei weitem nicht das katastrophale Ereignis, als das sie in erschreckendem Gleichklang von Politik und Massenmedien in vielen Ländern dargestellt wurde. Wäre es wirklich eine derart tödliche Epidemie gewesen, hätte die Bevölkerung ohne die furchtbare Repression der letzten Jahre zusammen gestanden und von sich aus alles Mögliche zur Eindämmung getan.

Wie wir alle in Medienberichten bemerkt haben, spielten nicht demokratisch legitimierte Nichtregierungsorganisationen (z. B. die Bill und Melinda Gates Stiftung) bei der Maßnahmenagenda eine große Rolle und setzten die Regierungen unter Druck. Dies betraf auch das Thema Impfung, wobei eine sehr verdächtige Verflechtung dieser Organisationen mit den Pharmariesen vorliegt.

Mittlerweile sickert es auch in den Massenmedien durch, daß diese Impfung gefährlich sein kann. Wären vor 2 Jahren auch die grundlos diffamierten Wissenschaftler gehört worden, hätte man es damals schon wissen können. Umso ungeheuerlicher wirkt jetzt die Tatsache, daß unser Bundestag um ein Haar eine Impfpflicht eingeführt hätte. Die größte Gefahr besteht aber zur Zeit darin, daß sich die Bürger zurücklehnen und das Thema Pandemie für erledigt halten. Dies ist ein großer Irrtum.

Völlig unbeirrt wird auf nationaler, aber erst recht auf EU - Ebene an einem digitalen Impfpfß gearbeitet. Dessen Einführung würde zu massiven Grundrechtseinschränkungen bei den Menschen führen, die ihre Gesundheit weiter als ihre ureigene Sache sehen. Zum Beispiel könnten Grenzüberschritte in der EU dann von erfolgten Impfungen abhängig gemacht werden. Wir als Basispartei lehnen einen derartigen Pfß radikal ab.

Genauso schlimm ist der von der WHO als überwiegend privatwirtschaftlich dominierten Organisation vorgelegte Pandemievertrag, der von unseren Regierungen ohne unsere Zustimmung unterschrieben werden soll. Auf dessen Basis könnten jederzeit einzelne Länder oder die halbe Welt in einen neuen Ausnahmezustand versetzt werden. Wir sind stringent für eine Beibehaltung der Souveränität der Staaten in dieser Frage.



2. Währungssystem

Zum einen erleben wir zur Zeit wieder einmal eine zunehmende Inflation, die wie schon mehrmals in der Geschichte insbesondere die hart erarbeiteten Ersparnisse des Mittelstands zu vernichten droht. Sie wird aus unserer Sicht nicht zuletzt durch verantwortungsloses Schuldenmachen auf nationaler wie auch EU - Ebene befeuert. Die vorgeschobenen Gründe beruhen eher auf politischen Fehlentscheidungen: Schäden der vermeidbaren Corona - Lockdowns, Klimapanik statt vernunftgesteuertem Umweltschutz und neuer Militarismus (siehe Punkte 3 und 4). Wir sehen allerdings die noch größere Gefahr in den Planungen für eine digitale Zentralbankwährung (CBDC), die unser Bargeld vollständig ersetzen würde. Dies natürlich wiederum ohne jegliche Befragung der Bürger. Ein solches Währungssystem würde der totalen Kontrolle unseres Konsumverhaltens durch Staat und private Akteure Tür und Tor öffnen. Mit ziemlicher Sicherheit würde dem CBDC mittelfristig die Einführung eines Social Credit - Systems wie in China folgen. Dabei wird das Wohlergehen der Bürger, natürlich im Regierungssinne, durch ein Punktesystem bewertet. Der Staat kann dann abhängig von der Punktezahl dem Bürger den Einsatz seines Geldes für definierte Leistungen verwehren.

Das sogenannte bedingungslose Grundeinkommen, das eventuell bisherige Sozialleistungen ersetzen soll, wäre also keineswegs bedingungslos. CBDC und Social Credit - System in Kombination sind das Todesurteil für eine freiheitlich bürgerliche Grundordnung. Wir als Partei dieBasis sind daher dafür, dem einen Riegel vorzuschieben, indem das Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankert wird.

3. Krieg in der Ukraine

Wir kritisieren den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine, monieren aber gleichzeitig, daß USA und NATO in den Jahrzehnten nach dem Kollaps des Ostblocks ein sehr schlechtes Beispiel mit ihren rein geostrategisch und wirtschaftlich begründeten Angriffen auf Länder wie Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und Serbien gegeben haben. Insofern ist es Heuchelei, zu behaupten, wir würden gegen Russland in der Ukraine westliche Werte verteidigen. Weiter ist es geradezu absurd, daß die Sanktionen und der neue Militarismus mit horrenden Ausgaben Deutschland und Europa mehr schaden als dem "bösen Feind" Russland. Überdies wird die Ukraine aus unserer Sicht schamlos vom Westen als Frontstaat gegen Russland mißbraucht, nachdem 2014 mittels gesteuertem Maidan-Putsch eine russlandfeindliche Regierung installiert wurde.

Wir fordern daher statt weiterer Eskalation durch Waffenlieferungen sofortige Friedensverhandlungen zur Beendigung des unermesslichen Leids auf beiden Seiten.

4. Klimadebatte

Wir sehen in der Klimadebatte dieselben nichtstaatlichen Akteure im Hintergrund wie in der Causa Corona. In beiden Fällen geht es um unermessliche Gewinne dieser Akteure (Beispiel Bill&Melinda Gates - Stiftung), wobei eine große Skrupellosigkeit bezüglich der negativen Folgen von ergriffenen Maßnahmen für die Mittel- und Unterschicht unserer Bevölkerung zu erkennen ist. In beiden Fällen werden weiters nicht regierungskonforme Wissenschaftler aus dem Diskurs ausgesperrt. Die geplanten ungeheuer kostspieligen und verbotslastigen "Klimaschutzmaßnahmen" sind zum Beispiel nur legitim, wenn die These zutrifft, daß Kohlendioxid in der Atmosphäre der Hauptregulator der Erderwärmung ist. Dies wird von einem erheblichen Teil der Klimawissenschaftler bestritten. Beispielsweise wurde in den letzten Jahrzehnten kein statistischer Zusammenhang zwischen Kohlendioxidausstoß und Erderwärmung festgestellt.

Überdies ist der Alleingang unserer Regierung in der Energiepolitik logisch nicht zu begründen, wenn man die negativen Folgen für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in Beziehung setzt zur minimalen Auswirkung der nationalen Maßnahmen auf das globale Klima.